



Ausgabe 04/23

DENIZ DIREKT

Das Mai-Plenum begann mit der Verabschiedung des **Zweiten Nachtragshaushaltes**. Dieser umfasst knapp **776 Millionen Euro**. **362 Millionen** fließen unmittelbar an die Kommunen, vor allem zur Aufnahme und Versorgung von geflüchteten Menschen. Ferner ist die **Zulage in Höhe von € 180** pro Monat für Polizei, Feuerwehr und Justizvollzug Teil dieses Nachtrages und die höchste Zulage im Ländervergleich. Die **Abschaffung aller Schulgelder** schließt eine Gerechtigkeitslücke im Ausbildungssystem. Hiervon profitieren u.a. Azubis in der Heilerziehungspflege, Heilpädagogik, Diätassistenz und Orthoptik. Die finanzielle Absicherung der **Sprachkitas** ist ebenfalls enthalten.



Zu dem AfD-Antrag „**Keine Taxifahrten für Asylbewerber...**“ durfte ich sprechen. Wieder mal ein Suggestivantrag, der nur in die Richtung zielt, **Hass und Hetze** zu schüren. Die Landesregierung hat in ihrer Unterrichtung die Tatsachen dargelegt. Die Landeshaushaltsordnung gibt eine klare **Verpflichtung zur Sparsamkeit** vor. Diese wird von allen **Landesbehörden beachtet**. Selbstverständlich wird

überwiegend der **ÖPNV** genutzt, genauso wie andere Transportarten.

In der aktuellen Stunde mit dem Titel „**Fachkräfte finden und binden - nur mit Guter Arbeit!**“ haben wir die Fachkräftegewinnung diskutiert. Minister Dr. Philipp wird die Fachkräftegewinnung Niedersachsen unter seine Federführung stellen. Zu den Maßnahmen gehören die **Stärkung der dualen Ausbildung**, die verbesserte **Anerkennung ausländischer Berufsqualifikation** und die Einrichtung von Fachkräfteservicecentern.

Justizministerin Wahlmann unterrichtete in der Fragestunde zum „**Gesetz gegen digitale Gewalt im Internet: Wie ist der aktuelle Stand des Verfahrens?**“. Das Eckpunktepapier des BMJ zum Gesetz gegen digitale Gewalt geht der Landesregierung nicht weit genug. Betroffene von Hass und Hetze brauchen schnelle Hilfe. Nicht erst bei **notorischen Rechtsverletzungen** soll es zu einer Löschung des Accounts kommen, sondern u.a. bereits bei der **ersten Tat** einer schwerwiegenden Verletzung. Auch sollen die Verfahren nicht



DENIZ DIREKT

vor den Landgerichten, sondern den **Amtsgerichten** verhandelt werden, da dort kein **Anwaltszwang** herrscht und die Opfer keine Kosten fürchten müssen.

Auch im Wahlkreis gab es in den vergangenen Wochen einige Termine: bei der Jahreshauptversammlung des

Kreisfeuerverbandes Delmenhorst durfte ich ein Grußwort halten. Die Regierungsfaktionen haben sich im Zweiten Nachtragshaushalt auf eine **Erhöhung der Zulagen**

u.a. für Feuerwehr und Polizei geeinigt. **180,00 Euro pro Monat** werden dies zukünftig sein. Dies ist im **Ländervergleich die höchste Zulage**. Neben zahlreichen Ehrungen wurde der langjährige Geschäftsführer Daniel Hewer verabschiedet.

Der Besuch des Delmenhorster **Lions Club**



Gräfin Hedwig in Hannover hat mich besonders gefreut. Das **ehrenamtliche Engagement** der Frauen ist seit Jahren ungebrochen.

Auch das **Delmenhorster Entenrennen** geht auf die Initiative rund um Präsidentin Petra Musielak zurück. Neben einem **Rundgang durch den Landtag** mit Besichtigung des Plenarsaals, einiger Sitzungsräume und der Portikushalle, gab es natürlich einen intensiven Austausch über die **politische Arbeit**.

Ende April fand der traditionelle **Arbeitnehmerempfang** in der Delmenhorster Markthalle statt. Eine Vielzahl an Verbänden und

Gewerkschaften waren der Einladung gefolgt. Das DGB-Motto **„Ungebrochen solidarisch“** wurde in diesem Jahr u.a. in Bezug zur Situation im Gesundheitswesen gesetzt. Die SPD steht seit jeher an der **Seite der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer**. Ein wichtiges Zusammenkommen!

Am internationalen **Tag der Arbeit am 01. Mai** gab es auch in diesem Jahr eine Demonstration mit anschließender Kundgebung in Delmenhorst.

Martina Bruse von der **IG Metall Oldenburg/Wilhelmshaven** fand klare Worte in ihrem Redebeitrag u.a. zu Inflation, Energiepreisen oder Ukrainekrieg. Wichtig ist, gerade für die **SPD**, sich stets **solidarisch** zu zeigen. Ohne



das unermüdliche Engagement der Gewerkschaften würde es viele Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nicht geben. Diese **Rechte** wurden **mühsam erkämpft**. Der 1. Mai ist deshalb auch heute wichtig, um für das Streikrecht und faire Entlohnung einzutreten.

In meiner Funktion als **stellvertretender innenpolitischer Sprecher** der SPD-Fraktion habe ich an der **Sprecherkonferenz der Länder** in Hamburg teilgenommen. **Johann Saathoff**, MdB und parlamentarischer Staatssekretär beim BMI, referierte aus der SPD-Bundestagsfraktion und berichtete über aktuelle innenpolitische Aufgaben. Weitere Themen waren die **Kriminalitätsbekämpfung im digitalen Raum**, die Modernisierung des **Katastrophenschutzes** und die Entwicklungen in der EU zum **Asyl- und Migrationspakt**. Ein interessanter und **informativer Austausch**.